

Wird das Schweizer Bankgeheimnis in seiner heutigen Form zum Auslaufmodell? Nachgefragt bei Philipp Müller, Präsident der FDP Schweiz und Wynaletor Nationalrat aus Reinach.



msu. Den Präsidenten der FDP Schweiz, Nationalrat Philipp Müller aus Reinach, zeichnen vor allem zwei Qualitäten aus: Einerseits seine im Vergleich zu vielen Durchschnittsparlamentariern überdurchschnittliche Fach- und Dossierkenntnis, andererseits seine klaren, ungeschönten Stellungnahmen, wenn es darum geht, Dinge beim Namen zu nennen und Fakten auf den Tisch zu legen. Anstelle einer weichgespülten Floskeldiplomatie mit viel heisser Luft setzt Müller in der Regel auf Klartext und Verbindlichkeit. Diese volksnahe, hemsrärmige Grundhaltung hat ihm bisher in der Öffentlichkeit nicht nur viele politische Freunde und Sympathisanten eingetragen, sondern auch zahlreiche politische Erfolge. Kurz vor Weihnachten allerdings auch eine Menge Ärger. Mit seiner Aussage, Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf sei dem Bundesrat im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis in den Rücken gefallen, löste er eine Welle von Protesten und Kritiken aus den unterschiedlichsten – auch bürgerlichen – Lagern aus.

Philipp Müller, haben Ihnen die politischen Querelen im Zusammenhang mit der Bundespräsidentin die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage vermehrt oder buchen Sie solche Inszenierungen unter politischen Nebengerüchen ab?

Von solchen Querelen lass ich mich bestimmt nicht aus der Ruhe bringen. Ver ansteigt, muss auch einstecken können. Und als Parteipräsident ist es meine Aufgabe, als Speerspitze voran zu gehen und auf Missstände hinzuweisen. Und zwar unbesehen der Personen, die es treffen könnte. Wichtig ist in solchen Fällen nur eines: Dass die Partei geschlossen hinter dem Präsidenten steht. Und das tut sie. Mein Vorgehen wurde sowohl in der Partei- als auch in der Fraktionsleitung wie auch bei unseren Mitgliedern in den Wirtschaftskommissionen des Stände- und des Nationalrats absegnet. Frau Widmer-Schlumpf hat es also mit einer geschlossenen FDP zu tun. Dass die Bundesrätin ihre Adlaten ausschwärmen lassen würde, um sich zu rechtfertigen, haben wir natürlich erwartet.

Was hat denn Frau Widmer-Schlumpf nach Ihrer Ansicht falsch gemacht?

Sie bald einmal zwei Jahren hat sie dem Parlament die Vorlage einer Finanzplatzstrategie versprochen. Wir haben lange gewartet, sind freundlich und ruhig geblieben und haben nichts erhalten. Nun endlich, nach langer Zeit hat sich Frau Widmer-Schlumpf diese lang ersehnte Finanzplatzstrategie am vergangenen Mittwoch durch den Bundesrat absegnen lassen. Und keine 24 Stunden später tritt sie vor die Medien und fällt ihren eigenen Unterhändler aus dem Staatssekretariat für internationale Finanzen (SIF), Botschafter Michael Amblühli, sowie dem Bundesratskollegium in den Rücken. Sie verkündet mit ihrem Lieblingssatz dem automatischen Informationsaustausch etwas ganzlich anderes als im Bundesrat beschlossen. Es geht hier darum, dass sich der Bundesrat auf eine Finanzplatzstrategie festlegt und dann die Reihen geschlossen werden, um mit den ausländischen Partnerstaaten verhandelt zu können. Über eine Kakophonie von unterschiedlichen Verabredungen freut sich das Ausland und nimmt uns wie eine Weihnachtsgans. Es steht Frau Widmer-Schlumpf selbstverständlich frei, über alle möglichen Varianten einer Finanzplatzstrategie zu sinnieren. Dies tut man aber sicherlich nicht öffentlich, notabene zu einem Zeitpunkt, an dem die Schweiz mit anderen Staaten in Verhandlungen steht.

FDP-Gekeife gegen Widmer-Schlumpf:

Der Journalist Christof Moser von der Zeitung «Der Sonntag» hat mit seinem dümmlichen Titel über seinen Artikel gezeigt, dass er nicht begriffen hat, worum es geht. Wer die geschlossene Haltung der FDP in einer derart wichtigen Angelegenheit als «Gekeife» bezeichnet, qualifiziert sich selber als Idiot. Damit hat er gezeigt, dass er im Gegensatz zur beispielsweise der NZZ oder anderen Fachjournalisten nicht begriffen hat, worum es im Grunde geht. Nämlich, dass Eveline Widmer-Schlumpf mit ihren unbedachten Äusserungen dem Bundesrat in den Rücken gefallen ist. Und dies nur einen Tag, nach dem der Bundesrat die ihm von Widmer-Schlumpf vorgelegte Finanzplatzstrategie hat absegnen lassen. Dass sie damit der Schweiz ein Ei gelegt hat, zeigt die Berichterstattung darüber in den deutschen Medien, die sich in Erwartung des Einlenkens der Schweiz auf den automatischen Informationsaustausch im Hurra-Rufen übertrumpfen wollten.

Was genau war der Grund, dass Sie selbst von bürgerlichen Parlamentarierinnen relativ heftig attackiert worden ist?

Es ist sehr durchsichtig, wenn sich Exponenten der BDP, der GLP und der CVP hinter Widmer-Schlumpf stellen. Das sind ja genau jene Parteien, die Widmer-Schlumpf auch in den Bundesrat gewählt haben. Interessanterweise haben sich diese Parteien immer gegen den automatischen Informationsaustausch gestellt. Bei diesen Äusserungen geht es also nicht um die Sache, sondern um reine Machterhaltspolitik. Besonders grotesk ist das Verhalten des BDP-Präsidenten Landolfi. Dieser hat sich noch am Freitag, 21. Dezember 2012, also nur gerade einen Tag nach den Äusserungen von Frau Widmer-Schlumpf, in der Aargauer Zeitung wie folgt geäußert (Zitat): «Wir haben uns auf die Abgeltungsteuer festgelegt. Wir haben damit eine Strategie, die nach aussen gültig ist, und die können wir nicht alle sechs Monate wechseln.» Landolfi weiss natürlich, dass er die FDP überleblich im Bundesrat für die BDP überlebenswichtig ist. Aus dieser Sicht kann ich seine Pirottete sogar verstehen. Die SVP teilt ja unsere Meinung, aber beachtenswert ist, dass sich die SP nicht dazu geäußert hat. Diese dürfte auch ziemlich sauer sein, da ihr von Frau Widmer-Schlumpf eine Finanzplatzstrategie



Nationalrat Philipp Müller: «Über eine Kakophonie von unterschiedlichen Verabredungen freut sich das Ausland und nimmt uns wie eine Weihnachtsgans.» (Bild: pd.)

mit flächendeckender Einführung der Selbstklärung für Ausländer versprochen worden ist. Dies wohlwollend, was ein gieriger Steuerhinterzieher auch dreist genug ist, eine solche Selbstklärung zu unterzeichnen, selbst wenn sein Geld unversteuert ist.

Für Sie scheint das Bankgeheimnis in der heutigen Form unantastbar und somit sakrosankt zu sein?

Unter dem Begriff «Bankgeheimnis» oder «Bankkundengeheimnis» verstehen nicht alle dasselbe. Für mich ist klar, dass das Bankkundengeheimnis nicht zum Schutz von Steuerhinterziehung erhalten darf. Im Gegensatz ist die Parlamentsmehrheit die gleiche Zielsetzung wie die FDP: Wir wollen keine unversteuerten Gelder mehr in der Schweiz. Das schaffen wir nur, wenn sich alle relevanten Kräfte in diesem Land zusammenraufen und eine gute Lösung erarbeiten, die dann aber auch den ausländischen Partnern angeboten werden kann. Dass wir als wirtschaftlich global präsenten Land globale Spielregeln einhalten müssen, ist völlig klar. Daher ist es doppelt schade, dass Eveline Widmer-Schlumpf die Zusammenarbeit immer wieder mit Alleingängen torpediert. Sie ist ja eigentlich sehr kompetent.

«Für mich ist klar, dass das Bankkundengeheimnis nicht zum Schutz von Steuerhinterziehung erhalten darf.»

(Nationalrat Philipp Müller, Präsident der FDP Schweiz, bekräftigt, dass man in der Schweiz keine unversteuerten Gelder mehr will)

ten, sehr dossierfest und eine exzellente Kennerin der Materie. Aber die leidigen Alleingänge bremsen sie immer wieder.

Wo genau liegt der Unterschied zwischen dem Bankgeheimnis und der Möglichkeit, mittels Bankaktivitäten Steuern zu hinterziehen?

Das Bankgeheimnis dient der Privatsphäre des Bankkunden. Als Mittel zur Steuerhinterziehung darf es aber nicht geschützt werden. Der Schweizer Staat vertraut den Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich und verlangt die Bankdaten nur im Rahmen von ordentlichen Verfahren. Bei Verfahren zur Offenlegung von Bankdaten gegenüber ausländischen Behörden geht dies über sogenannte Amtsinformularen. Dies bedeutet, dass die ausländischen Behörden bei Verdacht auf Steuerdelikte die Schweiz ersuchen müssen, Informationen über die verdächtige Person zu liefern. Der automatische Informationsaustausch stellt dieses Prinzip auf den Kopf, geht doch der Staat hierbei grundsätzlich davon aus, dass er die Bankdaten in jedem Fall und ohne Verfahren automatisch erhält. Damit wird der gläserne Bürger zur Realität. Zudem bringt der automatische Informationsaustausch eine gigantische Bürokratie mit sich.

Wo sehen Sie den Finanzplatz Schweiz in zehn Jahren?

Der Schweizer Finanzplatz hat Zukunft. Aber er wird keine unversteuerten Gelder verwalten und muss seine Konkurrenzfähigkeit durch gute Beratern, Seriosität und eine gute Eigenkapitalbasis, die Sicherheit garantiert, gewährleisten.

Was sagen Sie zum Vorwurf von BDP-Präsident Martin Landolfi in der Zeitung «Sonntag», die FDP sei unter Müller unberechenbar geworden? Nicht etwa unberechenbar, sondern unberechenbar?

Da muss er wohl zuerst vor seiner eigenen Tür wischen. Zuerst verurteilt er den Richtungswechsel seiner Bundesrätin, und dann rudert er zurück und behauptet, Frau Widmer-Schlumpf sei missverstanden worden. Das ist aber sicher nicht der Fall. Es gibt nur den Datenaustausch auf Ersuchen hin, wie er dem OECD-Standard, der ein global geltender Standard ist, entspricht, oder dann aber den Informationsaustausch ohne Amtsinformularen – sprich den automatischen Informationsaustausch. Für unsere Wählerinnen und Wähler sind wir sehr wohl berechenbar und das zählt vor allem! Nicht umsonst haben wir im Jahr 2012 bei den Wahlen in verschiedenen Kantonen gewonnen. Wir sind heute wieder die Partei mit den meisten Kantonsparlamentariern und die Partei mit den meisten Regierungsräten.

Wie argumentieren Sie gegenüber politischen Gegnern, die Ihnen Mangel an diplomatischem Spürsinn vorwerfen?

Ob diplomatisches Vorgehen oder Klartext vonnöten ist, legt unsere Parteileitung selber fest. Dazu brauchen wir keine Vorgeben der politischen Konkurrenz. Zudem haben wir nicht einfach in den Medien gemotzt, sondern Frau Widmer-Schlumpf einen Brief geschrieben.

Was wird Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf von Ihnen zu hören bekommen, wenn sie Ihnen das nächste Mal unter vier Augen über den Weg läuft?

Wir begegnen uns selbstverständlich sehr zivilisiert. Die Finanzplatzstrategie wird am 21. Januar in der Wirtschaftskommission beraten. Dann wird Frau Widmer-Schlumpf Rede und Antwort stehen und ihr seltsames Vorgehen erklären müssen.

Sie sind bekannt für fadengradige Voten und nicht für Samthandschuhe. Austreten und einstecken gehören bei Ihnen zum Tagesgeschäft. Doch: Wie viel Kritik braucht es, bis Sie eines Tages sagen: «So, das war's von meiner Seite. Dieses Theater brauche ich nicht mehr länger?»

Mit Kritik kann ich umgehen, wenn sie nicht unter die Gürtellinie geht. Solange die Partei geschlossen hinter mir stehe, habe ich genügend Kraft, um dieses hochspannende Amt auszuführen.

Ihr persönlicher Wunsch für unser Land und die Region aargauSüd im neuen Jahr?

Vertrauen wir auf unsere Innovationskraft, unsere Ideen und unsere Stärken.